

## **Schmiedtbauer/Bernhuber: Landwirtschaft muss mit am Verhandlungstisch sitzen**

*Utl.: Die Europaabgeordneten aus dem Bauernbund fordern stärkere Einbindung der Land- und Forstwirtschaft bei europäischer Gesetzgebung*

Brüssel, 30. Jänner 2023. Anlässlich des Kompetenzbriefs von Bundesminister Norbert Totschnig und 15 weiteren Mitgliedstaaten, die eine umfassende Einbindung der Land- und Forstwirtschaft auf EU-Ebene fordern, bekräftigen die Europaabgeordneten Simone Schmiedtbauer und Alexander Bernhuber ihre Unterstützung: „Wenn EU-Gesetze die Land- und Forstwirtschaft betreffen, dann ist es nur fair, wenn die Land- und Forstwirtschaft ein entsprechendes Mitspracherecht bekommt. Wir fordern vom Schwedischen Ratsvorsitz eine umfassende Einbindung bei Kommissionsvorschlägen mit direkten Auswirkungen auf die Land- und Forstwirtschaft.“

„Agrar- und Umweltziele stehen einander nicht im Weg. Das bestätigt der erfolgreiche Weg Österreichs, wo wir große Erfolge beim Erhalt der Biodiversität verzeichnen konnten und dennoch die Agrarproduktion gesteigert haben. Trotzdem wird die Landwirtschaft oft in Generalverdacht gestellt und mit neuen Regeln und Auflagen regelrecht überschüttet. Viele Landwirtinnen und Landwirte haben das Gefühl, dass ihre Arbeit nicht mehr anerkannt wird, sondern sie von der EU-Kommission zu Verwaltern ihres Stücks Land gemacht werden. Für eine bessere Gesetzgebung und wirksamen, ehrlichen Umwelt- und Klimaschutz müssen wir mit am Verhandlungstisch sitzen. Unsere Land- und Forstwirte sind Verbündete und Kämpfer an vorderster Front in unseren Anstrengungen für Umwelt- und Klimaschutz, keine Gegner“, sagt Schmiedtbauer, ÖVP-Agrarsprecherin im Europaparlament.

Alexander Bernhuber, Umweltsprecher der ÖVP im Europaparlament betont: „Das Ungleichgewicht muss bereinigt werden. Gerade die Gesetzespakete des Green Deals und sämtliche Klimaschutzmaßnahmen dürfen nicht hinterrücks an der Land- und Forstwirtschaft vorbei verhandelt werden“. Weiters warnt der Abgeordnete: „Wenn die Landwirtschaft nicht als Verhandlungspartner berücksichtigt wird, wird auch die EU-Lebensmittelsicherheit darunter leiden. Ich verweise hier klar auf den Mercosur Handelspakt. Der Schwedische Ratsvorsitz darf dieses Abkommen keinesfalls zu Lasten der europäischen Landwirtschaft am Agrar-Rat vorbeiverhandeln.“